

Fragen

für die Fragestunde der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Januar 2007

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	5, 6	Hinz, Priska (Herborn)	22 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beck, Volker (Köln)	28, 29 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	23, 24
Behm, Cornelia	3, 4 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Höhn, Bärbel	11, 12 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	25	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	1, 2
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	13, 14	Dr. Loske, Reinhard	17, 18 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	26, 27	Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	21
Fell, Hans-Josef	19, 20 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Spieth, Frank (DIE LINKE.)	15, 16
Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.)	9, 10	Winkler, Josef Philip	7, 8 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Gesamtentlastung von Unternehmen durch die Neuregelung der Behandlung der Körperschaftssteuerguthaben, und wie senken diese Sondererträge die reale Körperschaftssteuerbelastung der Unternehmen?

2. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass das Geldvermögen der privaten Haushalte 2006 um rund 240 Mrd. Euro überdurchschnittlich gestiegen ist, was nach Aussage einer Studie auf Kursgewinne am Aktienmarkt zurückzuführen ist (Berliner Zeitung, 11. Januar 2007), und warum ist die Bundesregierung nicht bereit, die Kursgewinne zu besteuern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

3. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwiefern hält die Bundesregierung die vorgesehenen Sanktionen für Landwirte, die Pflanzenschutzmittel anwenden, die in Deutschland nicht zugelassen sind, für ausreichend; und gibt es aufgrund der jüngsten Berichte über den Verkauf nicht zugelassener Pflanzenschutzmittel Überlegungen zu Änderungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

4. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie bewertet die Bundesregierung die von Seiten der Länder Berlin und Brandenburg für das Jahr 2007 beabsichtigte Nutzen-Kosten-Untersuchung zur Wiedereinrichtung der „Stammbahn“ zwischen Potsdam und Berlin hinsichtlich einer mittelfristigen Realisierung des Vorhabens, und wird sie aufgrund der geplanten Nutzen-Kosten-Untersuchung die Frist zur Rückforderung der vom Bund geleisteten Bundesmittel für das Einführungsbauwerk am Gleisdreieck in Höhe von 26 Mio. Euro von der Deutsche Bahn AG über das Jahr 2006 hinaus verlängern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

5. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP) Hat die Bundesregierung im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Madagaskar Aufträge an Unternehmen erteilt, die dem Präsidenten von Madagaskar, Marc Ravalomanana, gehören oder an denen er beteiligt ist?
6. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP) Werden alle Aufträge, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an einheimische Unternehmen vergeben werden, ausgeschrieben und die Angebote geprüft?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen leitet die Bundesregierung aus den Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Tätigkeit der Scientology-Organisation ab?
8. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Bevölkerung über die Arbeitsweise und die Methoden von Scientology aufzuklären und sie davor zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

9. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.) Welchen Einfluss auf den Emissionshandel und auf die Versorgungssicherheit Deutschlands mit bezahlbarer Energie hat die aktuelle Planung von Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen bzw. Ersatzbrennstoffen (EBS), und hält die Bundesregierung eine Beurteilung dieser Frage auf der Grundlage der Liste der geplanten Großkraftwerke, die zum 3. Energiegipfel im April 2006 von ihr veröffentlicht wurde,

für ausreichend, obwohl die aktuellen Planungen der Energieversorgungsunternehmen mittlerweile deutlich von denen in der o. g. Liste abweichen?

10. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.)
- Wie informiert sich die Bundesregierung über die aktuellen Entwicklungen und geplanten Kraftwerke im Stromerzeugungssektor, und ist sie gewillt, das Parlament über die aktuellen Entwicklungen zu informieren?
11. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern will die Bundesregierung den Ölverbrauch Deutschlands in den nächsten Jahren angesichts der Unterbrechungen von Öllieferungen aus Russland verringern, und ist in diesem Zusammenhang die Besteuerung von Biokraftstoffen weiterhin sinnvoll?
12. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Entflechtungsvarianten auf dem Strommarkt favorisiert die Bundesregierung für Deutschland: die eigentumsrechtliche Entflechtung oder die Einrichtung eines unabhängigen Systemoperators?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

13. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Wie viele der gesetzlichen Krankenversicherungen haben ihre Beitragssätze gesenkt, unverändert belassen bzw. angehoben, gegliedert nach Kassenarten, und wie stark ist der durchschnittliche Beitragssatz gestiegen?
14. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Für wie viele Versicherte ist der Beitragssatz um mehr als 0,5 Prozent gestiegen, obwohl die Bundesregierung im Sommer 2006 einen Anstieg der Beitragssätze für das Jahr 2007 von lediglich 0,5 Prozent angekündigt hatte?
15. Abgeordneter
Frank Spieth
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich Entschuldungsregelungen von gesetzlichen Krankenkassen, und wie viele Krankenkassen haben bislang Entschuldungsregelungen vorgelegt?

16. Abgeordneter
**Frank
Spieth**
(DIE LINKE.)
- Welche Arten von Schulden werden von diesen Regelungen erfasst, und welche Vorgaben bzw. konkrete Verabredungen existieren für die Entschuldungspläne bei Landesaufsichtsbehörden bzw. beim Bundesversicherungsamt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Loske**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung eine Reduktionsvorgabe von 20 Prozent weniger CO₂ bis 2020 angesichts des Klimawandels für ausreichend?
18. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Loske**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Atomenergie für ein wirksames Mittel gegen den Klimawandel?
19. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung ein Wärmegesetz für erneuerbare Energien auf den Weg zu bringen, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
20. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung bei den erneuerbaren Energien sektorale Zielvorgaben der EU für sinnvoll?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

21. Abgeordnete
**Krista
Sager**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen zur Halbierung der Schulabbrecherquote sollen in der von Bundesministerin Dr. Annette Schavan angekündigten „Bund-Länder-Offensive für den Bildungsaufstieg“ vereinbart werden, und was soll der Beitrag des Bundes dabei sein?
22. Abgeordnete
**Priska
Hinz
(Herborn)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem am 10. Januar 2007 im Kabinett verabschiedeten „Zweiten Erfahrungsbericht der Bundesregierung über die Durchführung des Stammzellgesetzes“ im Hinblick auf die vor allem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geforderte Änderung des Stammzellgesetzes?
23. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Was schlägt die Bundesregierung zur Lösung des im Evaluierungsbericht zur Auslandsförderung nach dem BAföG aufgeführten Problems vor, dass die Anzahl der Studierenden, die zeitweise im Ausland studiert haben, umso höher ist, je höher ihre soziale Herkunft ist, und stehen diese Vorschläge im Einklang mit den Vorhaben in der angekündigten BAföG-Novelle?
24. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Welche Probleme ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung mit der Gründung von gewinnorientiert arbeitenden Hochschulen, wie beispielsweise die Private Hanseuniversität Rostock?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Gibt es nach dem Beschluss des Europäischen Parlaments zur Einrichtung des Europäischen Institutes für Gleichstellungsfragen in Vilnius nach Kenntnis der Bundesregierung Pläne für weitere neue EU-Agenturen, und hält die Bundesregierung die Einrichtung weiterer EU-Agenturen für notwendig?

26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassungen von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international, dass die von marokkanischen Behörden am 23., 25. und 29. Dezember 2006 durchgeführten gewalttätigen Razzien gegen Hunderte von Flüchtlingen und deren Massenabschiebungen in die Wüste an der marokkanisch-algerischen Grenze, von denen auch vom UNHCR anerkannte Flüchtlinge und Asylantragstellerinnen und Antragsteller betroffen waren und in deren Verlauf es zu Vergewaltigungen und gewaltsamen Übergriffen kam bzw. ca. 100 Personen noch immer vermisst werden, eine Verletzung des internationalen Flüchtlingsrechts und von Menschenrechtsstandards darstellen (Presseerklärung amnesty international EU Office vom 9. Januar 2007; offener Brief marokkanischer und europäischer Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen vom 4. Januar 2007)?
27. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen ihres Vorsitzes der EU-Ratspräsidentschaft gegen diese Razzien und Massenabschiebungen bei der marokkanischen Regierung zu protestieren, die Letztere mit Verweis auf die Forderung der Europäischen Union nach Kooperation bei der Bekämpfung der illegalen Migration begründet hat?
28. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Initiative hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft ergriffen oder will sie noch ergreifen, um die Auflösung des US-Lagers in Guantanamo Bay auf Kuba zu befördern bzw. durchzusetzen, und welche Elemente enthält sie gegebenenfalls?
29. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung von Menschenrechtsorganisationen, dass die Mitgliedstaaten der EU die Bereitschaft erklären sollten, Gefangene, die nicht als Tatverdächtige vor amerikanische Gerichte gestellt werden, aufzunehmen (vgl. u. a. Human Rights Watch, Internet: <http://hrw.org/german/docs/2007/01/11/global15046.htm>)?